

[https://www.focus.de/finanzen/news/bankensterben-erste-sparkasse-akzeptiert-kein-bargeld-mehr-was-das-fuer-sie-bedeutet\\_id\\_232432610.html](https://www.focus.de/finanzen/news/bankensterben-erste-sparkasse-akzeptiert-kein-bargeld-mehr-was-das-fuer-sie-bedeutet_id_232432610.html) 28.10.2023

Erste Sparkasse nimmt gar kein Bargeld mehr an - was das für Sie bedeutet

Das Bankensterben im ländlichen Raum schreitet weiter voran. Viele ältere Menschen haben bei ihrer Sparkasse regelmäßig Geld eingezahlt oder Bargeld abgehoben. Doch jetzt nimmt die erste Sparkasse auch am Schalter keine Münzen und Scheine mehr an. Was das für Sie bedeutet, lesen Sie hier.

Wenn Sparkassen, Raiffeisenbanken oder Privatbanken ihre Filialen schließen, hinterlassen sie oft leere Ladenräume und in einigen Fällen einen Bankautomaten. So kommen Kunden zumindest an Bargeld oder können es auf ihr Konto einzahlen. Weil die Wartungs- und Betriebskosten dieser Automaten hoch sind, ziehen einige Geldhäuser allerdings auch den Bankautomaten ab – und das kann oft zu Problemen führen.

Doch damit nicht genug. Eine Sparkassenfiliale in Niederdorfelden bei Frankfurt am Main (Hessen) nimmt sogar nun am Schalter kein Bargeld mehr an. Das sei möglich, erklärt die Sparkasse selbst. Wenn es sich um Filialen mit „geringerer Personalausstattung“ handele, gebe es in der Regel keine Kasse „für Ein- und Auszahlungen“. Das Personal kümmert sich dann nur um die Beratung zu Krediten, Konten und Geldanlagen. ....

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/deutsche-bank-will-250-postbank-filialen-schliessen-a-27e3bd9e-5fb6-4464-8049-725dd58bafcb>

30.10.2023

Deutsche Bank will 250 Postbank-Filialen schließen

Wie viele Arbeitsplätze dadurch wegfallen, wollte er nicht sagen: Privatkunden-Chef Claudio de Sanctis teilte im Interview mit der »Financial Times« mit, dass die Postbank in den nächsten Jahren zahlreiche Filialen schließen will.

Die [Deutsche Bank](#) will ihr Netz aus 550 [Postbank](#)-Filialen drastisch ausdünnen. Privatkunden-Chef Claudio de Sanctis kündigte in einem [Interview mit der »Financial Times«](#)

(FT) an, 250 Standorte würden bis Mitte 2026 geschlossen. Viele Zweigstellen seien seit Langem unprofitabel, hätten aber wegen eines langfristigen Vertrags mit der Deutschen Post, dem vorherigen Eigentümer der Postbank, nicht aufgegeben werden können. Nun wurde der Vertrag neu verhandelt. Auch das Netz der Deutsche-Bank-Filialen solle weiter gestützt werden, sagte de Sanctis, ohne genaue Zahlen zu nennen. In den Postbank-Filialen können auch Pakete aufgegeben und Briefmarken gekauft werden. In 100 der verbleibenden Standorte soll das künftig nicht mehr möglich sein, bestätigte die Bank der Nachrichtenagentur Reuters. Dort sollten die Mitarbeiter nur noch Bankdienstleistungen anbieten. Die Post wolle eigene Standorte in der Nähe suchen. Die Filialen sollen künftig auch als Technikzentren dienen, sagte de Sanctis der »FT«. »Sie müssen der Ort werden, wo man Beratung bekommt, aber auch wo man hinget, wenn man Probleme mit seiner App hat, und wir müssen herausragend sein, wenn es um Lösungen dafür geht.«

Die Postbank solle mittelfristig zu einer »Mobile-First«-Bank entwickelt werden, sagte ein Deutsche-Bank-Sprecher. Beratung vor Ort spiele künftig insgesamt eine kleinere Rolle. Ob und wie viele Arbeitsplätze durch die Filialschließungen verloren gehen sollen, wollte de Sanctis nicht sagen. Über genaue Zahlen und Standorte werde bald mit den Arbeitnehmervertretern verhandelt. Von dem Umbau erhofft sich de Sanctis »sehr wesentliche Einsparungen, die mehr ausmachen als die Investitionen, die wir tätigen müssen«, wie er der »FT« sagte.

<https://test.rtde.tech/wirtschaft/185026-eu-us-gipfel-handelskrieg-mit-den-usa-flammt-wieder-auf/> 26.10.2023

EU-US-Gipfel ohne Ergebnis: Handelskrieg flammt wieder auf

Der unter Präsident Donald Trump entbrannte Handelsstreit mit der EU bricht wieder auf. Zu den von Trump verhängten Strafzöllen auf Stahl

kommt jetzt noch ein Streit um US-Subventionen zum Nachteil europäischer Hersteller. Ein Gipfeltreffen in Washington brachte keine Klärung.

Im Schatten der Ereignisse in Nahost und daher mit nur geringem Medienecho fand der EU-US-Gipfel statt. Auf ihm zeigten sich erneut grundlegende Differenzen in Handelsfragen, die auf einen immer tiefergehenden Riss in den Beziehungen zwischen der EU und den USA hindeuten. Das Treffen in Washington verlief ergebnislos.

Die Zölle auf Stahl bleiben weiterhin ein Thema. Joe Bidens Vorgänger im Präsidentenamt, Donald Trump, hatte 2018 Strafzölle auf die Einfuhr von Stahl und Aluminium aus der EU verhängt. Unter Biden wurden die Zölle zwar teilweise aufgehoben. Für ein festgelegtes Kontingent müssen keine Strafzölle entrichtet werden. Alles, was darüber hinaus importiert wird, wird dann jedoch wieder mit Strafzoll belegt. Die Regelung ist darüber hinaus befristet. Die Hoffnung, die US-Regierung werde die Regelung verlängern oder sogar ganz auslaufen lassen, hat sich zerschlagen. Wie der Blog German-Foreign-Policy [berichtet](#), verlangten die USA im Gegenzug für Erleichterungen, dass die EU ohne weitere Begründung Strafzölle in Höhe von 25 Prozent auf den Import von Stahl aus China verhängt. ....

<https://test.rtde.tech/kurzclips/video/184923-dirk-mueller-mohr-hat-seine/> 25.10.2023

Dirk Müller: "Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ..." – Deutschland hat für die USA ausgedient

Dirk Müller, Finanzexperte, Journalist und geopolitischer Analyst, hat sich auf YouTube im Interview mit Mario Lochner über die Wirtschaftskrise unterhalten. Er sieht Deutschland als einen der Hauptverlierer und meint, dies hänge auch besonders damit zusammen, weil die USA Deutschland fallen lassen haben.

Demnach habe Deutschland lange als "Frontstaat" und "Leuchtturm" gegen die Sowjetunion gedient und wurde bewusst wirtschaftlich stark gehalten.

Mittlerweile habe man diesen Frontstaat aber weiter nach Osten verschoben, nämlich nach Polen. Auch die viel gepriesene Solidarität habe seinen Schilderungen nicht viel zu bedeuten. So wird den deutschen "Freunden" abverlangt, auf russisches Gas zu verzichten, um ihnen das US-Flüssiggas zu Höchst- und nicht zu Freundschaftspreisen zu verkaufen, während die USA weiterhin fleißig Uran aus Russland beziehen. Müller dazu: "Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen."

Auch diese US-Politik führe dazu, dass Deutschland besonders unter der schweren Wirtschaftslage leide, während in den USA dank Gas- und Rüstungsverkäufen die Kassen klingeln.

"Wir sind die Einzigen, die schon in der massiven Rezession sind und die Amerikaner nicht."

<https://freedert.online/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/>

27.10.2023

Trumpf-Chefin: "Deindustrialisierung ist eine reale Gefahr"

Die Vorstandsvorsitzende des Maschinenbaukonzerns Trumpf, Nicola Leibinger-Kammüller, hat in deutlichen Worten vor einer drohenden Deindustrialisierung Deutschlands gewarnt. Bei der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens am Donnerstag im schwäbischen Ditzingen ging sie mit der Bundesregierung hart ins Gericht. Deren Arbeit werde zum Risiko für das bislang erfolgreich agierende Unternehmen. Leibinger-Kammüller erklärte:

"Die seit Wochen thematisierte Deindustrialisierung ist keine Drohkulisse der energieintensiven Industrie, sondern eine reale Gefahr angesichts der Unwucht etwa bei den Energiepreisen und anderen Rahmenfaktoren gemessen am internationalen Wettbewerb."

Die Chefin des Familienunternehmens beklagte auch hohe Unternehmenssteuern, eine ausufernde Bürokratie und aufwendige Dokumentationspflichten. All das werde von der Politik nicht geändert. Besonders scharf fiel ihre Kritik am von Robert Habeck geführten Bundeswirtschaftsministerium aus. Konkret warf sie dem Ministerium

mangelnde Unterstützung bei Exportgenehmigungen für die Laser des Unternehmens vor:

"Unsere offenen Positionen haben sich trotz vieler Interventionsversuche unsererseits auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag gesteigert."

Den Verweis des Ministeriums auf Kapazitätsprobleme wies die Trumpf-Chefin zurück. Dies könne nicht die Antwort eines Ministeriums sein, dessen wichtigste Aufgabe es doch sei, deutsche Unternehmen in einer schwierigen konjunkturellen Situation nach Kräften zu unterstützen.

<https://freedert.online/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/>

30.10.2023

Arbeitsmarkt: Schwieriger Winter in Sicht

Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Flaute prognostizieren die Arbeitsagenturen für den Winter deutlich steigende Arbeitslosenzahlen. In einer monatlichen Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden die Agenturen nach ihrer Erwartung für die kommenden drei Monate befragt. Der ermittelte Indikator ist deutlich in den negativen Bereich abgesunken und deutet damit auf steigende Arbeitslosigkeit.

"Dem Arbeitsmarkt steht ein schwieriger Winter bevor", sagte Wirtschaftswissenschaftler Enzo Weber vom IAB. Demnach lässt der Abschwung die Arbeitslosigkeit weiter steigen.

Am Donnerstag werden die Arbeitslosenzahlen für den Monat Oktober präsentiert. Schon jetzt ist klar, dass die für die Jahreszeit übliche Herbstbelebung in diesem Jahr weitgehend ausgefallen ist. Die Arbeitslosigkeit sank im September um lediglich 0,1 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent.

Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für die deutsche Wirtschaft einen Rückgang der Wirtschaftsleistung zwischen 0,3 und 0,6 Prozent. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für Deutschland in diesem Jahr einen Rückgang um 0,5 Prozent. Damit wäre Deutschland das einzige westliche Industrieland, in dem die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr negativ wächst. Auch für das kommende Jahr sind die Vorhersagen

verhalten. Zwar soll die Wirtschaft dann wieder im positiven Bereich wachsen, allerdings mit 0,9 Prozent nur sehr verhalten.